Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis vierteljl. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 8. Sonnabend den 8. Januar 1887. 81. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 9. Januar, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die Anmeldung zum einjährig-freiwilligen Dienste betreffend.

In Betreff der Ertheilung des Berechtigungsscheines zum einjährig-freiwilligen Dienste und der Zulassung zu der nächsten Frühjahrsprüfung wird auf Grund der Bestimmungen in §§. 89 flgde. der Ersatz-Ordnung vom 28. September 1875 bez. unter Hinweis auf die derselben beigefügte Prüfungs-Ordnung Folgendes bekannt gemacht:

Junge Leute, welche das 17. Lebensjahr vollendet haben, im Regierungsbezirke Leipzig wohnhaft sind und um die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienste nachsuchen wollen, haben dies spätestens bis zum 1. Februar desjenigen Jahres, in welchem sie das 20. Lebensjahr vollenden, bei der unterzeichneten Königlichen Prüfungs-Commission (Neuplatz 11, 1. Etage) schriftlich zu thun und dem mit genauer Adresse versehenen Gesuche beizufügen:

a. ein Geburtszeugniß (zu Militärzwecken kostenfrei).
b. eine Einwilligungserklärung des Vaters oder Vormundes über die Bereitwilligkeit und Fähigkeit, den Sohn oder Mündel während einer einjährigen activen Dienstzeit zu bekleiden, auszurüsten und zu verpflegen,
c. Unbescholtenheitsausweis.

Zum Nachweise der wissenschaftlichen Befähigung ist dem Gesuche entweder das bezügliche Qualificationszeugniß einer zu dessen Ausstellung berechtigten Lehranstalt beizufügen, bez. bis zum 1. April dieses Jahres nachzubringen, oder es ist das Gesuch auf Zulassung zur Prüfung zu richten.

Letzterenfalls hat der Betreffende unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes anzugeben, in welchen zwei fremden Sprachen er geprüft sein will.

Die Gesuche um Zulassung zu der im Laufe des Monats März d. Js. stattfindenden Prüfung sind ebenfalls spätestens bis zum 1. Februar l. Js. an die Königl. Prüfungs-Commission einzureichen, worauf die Angemeldeten s. Z. Vorladung erhalten werden.

Leipzig, den 3. Januar 1887.

Königl. Prüfungs-Commission für Einjährig-Freiwillige im Reg.-Bez. Leipzig.
von Seckendorff, Geheimer Regierungsrath. Müller von Berneck, Major. Graul.

Höhere Schule für Mädchen.

Anmeldungen zur Osternaufnahme nehme ich von Dienstag den 11. bis Sonnabend den 15. Januar von 11—12 Uhr an. Außer dem Geburtsscheine und dem Impfscheine ist auch das letzte Schulzeugniß vorzulegen.

Leipzig, den 7. Januar 1887. Dr. W. Röldeke.

Bekanntmachung.

Gemäß Beschlusses ihrer Generalversammlungen haben die hiesigen Ortskrankenkassen I—XVIII zu Leipzig und Umgegend sich zu einer (gemeinsamen) Casse verschmolzen, welche unter der Bezeichnung

Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend

mit Anfang dieses Jahres ihre Wirksamkeit begonnen hat.

Die Ausfertigung der neuen Mitgliedsbücher, sowie des neuen Statuts findet gegenwärtig statt. Außerdem können Exemplare des letzteren bei dem Bureau Weststraße 32, I., unentgeltlich in Empfang genommen werden.

Ferner ist vom Beginn dies. Js. an ein neues An- bez. Abmeldeformular eingeführt worden, welches bei der Hauptmeldestelle Weststraße 30, I., und der Mehrzahl der Nebenmeldestellen für 1 ₰ das Stück zu haben ist.

Leipzig, am 5. Januar 1887.

Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.
Albert Brockhaus, Vorsitzender.

Nichtamtlicher Theil.

Rußland und Deutschland.

Ein Verhältniß, wie es zwischen Rußland und Deutschland seit geraumer Zeit besteht, dürfte so leicht kein Seitenstück finden in der Geschichte. Die beiden Dynastien Hohenzollern und Romanow sind durch die Vermählung des Kaisers Nicolaus mit einer preußischen Prinzessin seit drei Generationen mit einander verwandtschaftlich verbunden, Alexander II. war der Neffe des deutschen Kaisers, Alexander III. ist der Großneffe desselben. Die daraus sich ergebenden Beziehungen der beiden Herrscherhäuser sind stets sorgsam gepflegt worden; der persönliche Verkehr kann kaum herzlicher und inniger sein, wie er ist, und dennoch ist das Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland seit geraumer Zeit gespannt. Die Zeiten, in welchen Fürst Bismarck im Reichstage, zum Abgeordneten Jörg gewandt, die Freundschaft, welche Rußland und Deutschland verbinde, thurmhoch erhoben nannte über den Versuchen eines Jörg, sie in Zweifel zu ziehen, sind längst vorüber, zwischen jener Zeit und heute liegt der russisch-türkische Krieg von 1877—78 und der Berliner Friede vom 13. Juli 1878, der, wenn auch mit Unrecht, von Rußland als das Werk der deutschen Politik angesehen wird mit der Schlußfolgerung, daß Rußland durch diesen Frieden um die Früchte des siegreichen Krieges gebracht worden sei. Das ist die Grundstimmung, aus welcher heraus alle Angriffe der russischen Presse gegen Deutschland ihren Ursprung bereiten.

Gegen solche tief eingewurzelte Vorurtheile sind alle Vernunftgründe wirkungslos, und die Russen halten daran hartnäckig fest, wenn ihnen auch an der Hand der Thatsachen der Beweis geführt wird, wie schon wiederholt geschehen, daß sie im Irrthum sind. Die Abneigung der Russen gegen die Deutschen, welche sich in den letzten neun Jahren mit größerer Schärfe als je zuvor herausgebildet hat, entspringt wesentlich nationalen Ursachen, die Russen bilden sich ein, daß die Slawen unter russischer Führung zur Weltherrschaft berufen sind und daß sie deshalb die Deutschen, welche sie an der Geltendmachung dieser Herrschaft hindern, als ihre Todfeinde betrachten müssen. Daß sie dabei gegen ihr eigenes Fleisch und Blut wüthen, merken die Russen panslawistischer Richtung nicht, sie haben es gänzlich vergessen, daß sie die besten Kräfte stets aus den deutschen Ostseeprovinzen gezogen, daß ihnen diese die besten Staatsmänner und Generale geliefert haben. Und wenn auch der russische Adel slawischer Herkunft von jeher eine starke Hinneigung zu französischem Wesen empfunden hat, so sind doch gerade aus dieser Verbindung keine guten Früchte erwachsen. Viele Mitglieder des russischen Adels haben in Paris ihre Cuxkünste verpraßt und sich dort ruinirt, sie haben den äußeren Schliff der Franzosen nach St. Petersburg zugleich mit der französischen Liederlichkeit verpflanzt, aber an Tüchtigkeit und Bildung hat die russische Rasse dadurch nichts gewonnen, der Gewinn auf diesen Gebieten ist immer nur den Kreisen entsprossen, in welchen deutsches Wesen und deutsche Art hochgehalten worden ist.

Seit langer Zeit ist das Streben der russischen Herrscher darauf gerichtet gewesen, die Sonderrechte der Ostseeprovinzen zu beschneiden und womöglich ganz zu beseitigen, kein russischer Kaiser hat aber den Kampf gegen das Deutschthum in den Ostseeprovinzen mit gleicher Thatkraft betrieben wie Alexander III. Ihm widerstrebt es, daß sich in diesen Provinzen der Protestantismus behauptet, trotz aller Bemühungen, das Landvolk der griechisch-katholischen Kirche in die Arme zu führen. Kein Mittel wird seitens der russischen Beamten gescheut, um diesen Zweck zu erreichen, es wird den Leuten weis gemacht, daß sie keine Steuern mehr zu bezahlen brauchen, wenn sie den griechisch-katholischen Glauben annehmen, und es hilft ihnen nichts, wenn sie später zu der Einsicht gekommen, daß sie betrogen wurden, sie werden zwangsweise in der neuen Religionsgemeinschaft festgehalten. Die protestantischen Geistlichen, welche solche Berführte in die evangelische Kirche wieder aufnehmen wollen, werden gerichtlich verfolgt und abgesetzt, die protestantischen Geistlichen müssen froh sein, wenn sie überhaupt noch eine Stätte finden, von welcher aus sie ihre Lehre verbreiten können, der Bau von protestantischen Kirchen wird auf jede Weise zu hindern gesucht.

Nach der Revision des Senators Manassein, jetzigen Justizministers, in den russischen Ostseeprovinzen ist es dahin gekommen, daß die Universität Dorpat in der That russificirt werden soll. Auch wird die Axt bereits an die alten Vorrechte des livländischen Adels gelegt, die gesetzliche Vertretung dieser Rechte wird von russischen Organen nachgerade als ein gefährlicher Geheimbund, als eine Verschwörerbande verrufen, die zu Zukunft nicht geduldet werden könne. Die öffentliche Aufmerksamkeit ist diesen Vorgängen leider in der neuesten Zeit nicht in dem Maße zugewandt worden, wie sie es verdienen, man hat sie als ein Uebel hingenommen, dem die Deutschen machtlos gegenüber stehen, und deshalb sind auch Versuche zur Abwehr nicht geschehen. Aber angesichts des Hasses, welchen die Panslawisten gegen Deutschland in Rußland ungescheut zur Schau tragen, erscheint es doch an der Zeit, daran zu erinnern, welche Behandlung unseren deutschen Stammesgenossen in Rußland seit geraumer Zeit widerfährt. Katkow und seine Sippe rasselt trotz aller officiellen Versicherungen von Friedensliebe und Freundschaft fortdauernd gegen Deutschland mit dem Säbel, und ein Russe nimmt sogar keinen Anstand, in den Spalten des Pariser Blattes „Matin" rund heraus zu behaupten, daß Rußland im nächsten Frühjahr Deutschland den Krieg erklären werde. Hätte Deutschland sich in der bulgarischen Frage nicht so loyal gegen Rußland gezeigt, so wäre das Gewitter schon früher losgebrochen. Der Mann mag zu dieser Erklärung so wenig berufen sein, wie er wolle, so ist sie doch ein Zeichen der in panslawistischen Kreisen herrschenden Stimmung und verdient in diesem Sinne Beachtung. Die Bewahrung des Friedens hängt wohl von anderen Faktoren ab, aber Thatsache ist, daß in Rußland die deutschfeindliche Strömung große Kraft entfaltet und daß die Regierung nicht im Stande ist, sie gewaltsam zu unterdrücken.

Wenn die Panslawisten so vernehmlich nach Krieg schreien, so ist es zu verwundern, daß sie den Preis des Sieges noch nicht genannt haben. Wenn sie den Franzosen die Hand zum Bunde reichen, so ist es freilich klar, daß Elsaß-Lothringen wieder französisch werden und daß das linke Rheinufer dasselbe Schicksal erleiden soll, aber Rußland wird doch wahrscheinlich auch eine Gebietserweiterung auf Kosten Deutschlands anstreben, etwa eine Abrundung des Königreichs Polen durch die angrenzenden preußischen Provinzen. In dieser Richtung bewegen sich die russischen Hoffnungen, man wird es deshalb den Deutschen nicht verdenken können, wenn sie sich zu solcher Lage ihrer bedrängten Stammesgenossen in den russischen Ostseeprovinzen erinnern und den Wunsch hegen, daß es ihnen vergönnt sein möge, diesen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die Russificirung der Ostseeprovinzen ist, obwohl diese Gebiete in staatlicher Beziehung gänzlich fern liegen, da sie niemals zu Deutschland gehört haben, eine Angelegenheit, die uns offenbar mehr interessirt als das Schicksal Bulgariens. Wir haben Mitgefühl für die Mißhandlung, welche einem nach Unabhängigkeit strebenden Volke von seinem vermeintlichen Befreier widerfährt, aber es geht uns weit näher an, wenn unsere deutschen Brüder in Liv-, Ehst- und Kurland mit Gewalt zu Russen gemacht werden und wenn man ihnen die freie Ausübung ihres Religionsbekenntnisses verwehrt. Rußland stellt an die deutsche Geduld sehr große Anforderungen und erkennt es nicht einmal dankbar an, wenn wir unsern Schmerz um die Mißhandlung unserer Stammesgenossen in den Ostseeprovinzen niederkämpfen. Jedes Unrecht findet früher oder später seine Sühne, das ist die Lehre der Geschichte und zugleich das Zeugniß für das Walten einer ewigen und gerechten Vorsehung.

Leipzig, 8. Januar 1887.

* Se. Majestät der Kaiser hat auf die aus Anlaß des Jahreswechsels dargebrachte Glückwunsch-Adresse der Stadtverordneten von Berlin folgende Antwort erlassen:

„In der Adresse, welche Mir bei dem Eintritt in das neue Jahr von den Stadtverordneten von Berlin überreicht worden ist, haben die erneuten Versicherungen der Treue und Ergebenheit Mich auf das Angenehmste berührt und Ihre innigen Glückwünsche Mir ungemein wohlgethan. Ich weiß diese Gesinnung, welche in der Bürgerschaft Berlins Mir fast täglich vor Augen tritt, hoch zu schätzen und danke Ihnen von ganzem Herzen dafür. Im Gefühl tiefster Dankbarkeit empfinde auch Ich es als eine seltene Gnade Gottes, daß Mir in Meinem Alter die Kraft erhalten geblieben ist, um unentwegt Mich den Pflichten des von Gott Mir zugewiesenen fürstlichen Berufes widmen zu können. Die Fürsorge für das Wohl Meiner Unterthanen ist die höchste Aufgabe Meines Lebens. Ich werde in Meinen Bestrebungen, sie zu erfüllen, nicht müde werden und hege das Vertrauen, daß unter dem Schutze des Friedens, den Gott der deutschen Nation erhalten möge, der Erfolg davon nicht ausbleiben werde.

Berlin, den 5. Januar 1887.

Wilhelm."

Die Antwort Sr. Königl. und kaiserl. Hoheit des Kronprinzen auf das Glückwunschschreiben der Stadtverordneten von Berlin lautet:

„Die Stadtverordneten von Berlin haben Mich durch ihre warmen Glückwünsche und den Ausdruck ihrer anhänglichen Gesinnung zum Jahreswechsel aufrichtig erfreut. Ich danke denselben von Herzen dafür und hege den Wunsch, daß Gottes Segen der Entwickelung der Stadt, der Wohlfahrt ihrer Bewohner und dem gesammten theueren deutschen Vaterlande auch ferner erhalten bleibe.

Berlin, den 4. Januar 1887.

gez. Friedrich Wilhelm, Kronprinz."

* Der „Kölnischen Zeitung" wird zur parlamentarischen Lage aus Berlin geschrieben:

Eine ausländische Gesinnungsgenossin gießt den Deutschfreisinnigen einen wohlgemeinten und klugen Rath, der freilich wohl auf fruchtbaren Boden fallen wird: „Die Klugheit, über den Wünschenswerthen nicht das Erreichbare zu unterschätzen, kann der Liberalismus sich ohne Gefahr aneignen, und dazu bietet der Streit um die Militair-Vorlage die beste Gelegenheit wie den dringendsten Anlaß. Denn was auch immer die Folge einer Ablehnung der Vorlage wäre — Auflösung des Reichstages oder Conflict — die Erfindungen würden nur das Ohum, aber keinen Gewinn bewirken, und wollte es das Geschick, daß die leise Aufheiterung des politischen Himmels, die seit drei Tagen wahrzunehmen, wiederum einer Verdüsterung wäre, so würde es sicherlich an dem Vorwurfe nicht fehlen, daß der Liberalismus die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes gefährdet habe. „In der Wehrhaftigkeit unseres gesammten Volkes liegt die gewichtigste Bürgschaft für die Wahrung des Friedens", sagte der Kronprinz in seiner Ansprache bei der Feier des achtzigjährigen Soldaten-Jubiläums des Kaisers. Das war ein leicht zu verstehender Wink." Es ist die „Neue Freie Presse", welche den Deutschfreisinnigen diesen taktischen Rath giebt — die Hervorhebung deutschpatriotischer Bestrebungen können wir natürlich von der ausländischen Zeitung nicht verlangen. Bemerkenswerth aber ist die Auffassung der Worte, welche hier aus der Ansprache unseres Kronprinzen angeführt werden. Als „ein leicht zu verstehender Wink" gelten dieselben dem österreichischen Blatte, welches mit unsern Deutschfreisinnigen politisch nahe Fühlung hat — und viele unsere Deutschfreisinnigen hatten die unglaubliche Verkehrtheit, aus jener Rede der Versuch führen zu wollen, daß der Kronprinz die Erhöhung unserer Wehrkraft nicht für nöthig halte. Wir haben die Worte des Kronprinzen, der mit feinstem Tactgefühl vermied, das Gebiet der politischen Kämpfe unmittelbar zu berühren, auch der politischen Erörterung nicht unterziehen wollen; wenn aber die Opposition deren Bedeutung in so unverschämter Weise zu entstellen wagt, so darf man wohl hervorheben, daß nur die wahren und erhebenden Worte gesprochen hat: „Solche friedliche Arbeit konnte indeß nur gedeihen, weil gleichzeitig Ew. Majestät sachkundige und rastlose Leitung die Zweckmäßigkeit des Heeres zu der Vollkommenheit förderte, deren jeder deutsche Gedanke sich mit Stolz bewußt ist", gewiß nicht die Auslegung und Unterschiebung billigen wird, daß diese sachkundige und rastlose Leitung jetzt, da sie unentbehrlich die Schlagfertigkeit zu erhöhen begehrt, plötzlich auf einem falschen Weg gerathen sei. Aber kein Wort, auch nicht das unseres Kronprinzen, ist der Opposition unter ihrer heutigen Führung hoch und unverletzlich genug, um nicht mit schmählicher Entstellung und Fälschung zur Förderung erbärmlicher Parteizwecke mißbraucht zu werden.

* Durch den Tod des Reichstagsabgeordneten Roßhirt (Centrum) ist der 7. badische Wahlkreis (Offenburg-Lahr) erledigt. Der Wahlkreis war bis zum Jahr 1884 stets (mit Ausnahme einer einzigen Nachwahl) nationalliberal vertreten. Bei den Wahlen von 1884 erhielt der nationalliberale Candidat 6486, der klerikale 7104, ein demokratischer 1092 Stimmen, und in der engeren Wahl der nationalliberale 8161, der klerikale 9356. Die Hoffnung, den Wahlkreis für die nationalliberale Partei zurückzuerobern, darf also wohl gehegt werden, zumal wenn das Militairgesetz die Wahlparole ist. In jenen der Gefahr zunächst ausgesetzten Wahlkreisen nimmt man die Frage der militärischen Sicherheit besonders ernst.

* Wie verschiedene Blätter melden, ist jetzt die angekündigte Ernennung des Staatssecretairs a. D. v. Burchard zum Präsidenten der preußischen Seehandlung erfolgt.

* Wie es heißt, hat der Regierungspräsident Wegner in Stettin sein Entlassungsgesuch eingereicht, so daß nunmehr drei Präsidien, in Stettin, in Kassel, in Sigmaringen, erledigt sind.

* Unter der Spitzmarke „Die Socialdemokraten unter sich" schreibt der „Hamburgische Correspondent":

„Die durch Beschluß vom 30. October vorigen Jahres erfolgte Ausschließung des Landtagsabgeordneten Hermann Manger in Apolda aus der sozialdemokratischen Partei zieht ihre Kreise weiter, und wie im München aus einer politischen Kinderfabel kommt es uns an, wenn wir im Züricher Parteiorgan einen „alten Parteigenossen" aus Weimar mit seinen Freunden von Apolda sich herumschlagen sehen wegen einer — Cigarre, die Manger gelegentlich einer Versammlung zu Buttstädt von dem gegnerischen Landtagsabgeordneten, Bürgermeister Ferschke, angenommen hat, welche politische Gesinnungspolizei die Apoldaer ihm zum Vorwurf gemacht haben, während wiederum der Weimarer einen solchen Vorwurf kleinlich und gehässig findet. Und damit der Scherz kein Ende habe, zanken sich beide Theile darüber, wer mehr für die Socialdemokratie gethan habe: ein ehrlicher Wintermeister mit Namen Reichelt, bezüglich dessen der Weimarer behauptet, die Socialdemokraten von Apolda hätten noch in den Kinderschuhen gesteckt, als Reichelt schon lange für die Sache der Arbeiter gekämpft habe, oder aber die Apoldaer, welche die socialdemokratische Gesinnung Reichelt's nicht als voll gelten lassen wollen. Sie machen ihm zum Vorwurf, mit einem „ganz gräulichen Denuncianten", der mit Namen genannt wird, freundschaftlichen Verkehr zu pflegen, und die Redaction erhärtet den Vorwurf durch das Hinzufügen, daß der Betreffende mit seinem Hinterlasten Dorn und Manger volles Recht auf die „schwarze Liste" habe. Also Manger glücklich auf der schwarzen Liste. Und mit solchen Polizeimaßen soll in Zukunft die Welt regiert werden."

* * *

* Ueber das Bild, welches die erste Landtagssitzung in Prag nach dem Austritte der Deutschen bot, schreibt die „Bohemia":

„Gott sei Dank, daß wir allein sind", soll bekanntlich ein tschechischer Abgeordneter nach dem Exodus der Deutschen ausgerufen haben. Nun, die Herren sind allein unter sich, die Stimmung jedoch, welche sich gestern im Hause bemerkbar machte, trug keineswegs den Stempel jener Befriedigung an sich, auf welche die Eingangs citirten Worte schließen lassen. In lebhaften Gesprächen wurden in Abgeordnetengruppen die Vorgänge vom 22. December v. J. und die seitherigen Begebnisse erörtert, und insbesondere pflegten die Herren Dr. Kramar und Zeithammer für ihre neue außerparlamentarische Verhetzungs-Aktion Propaganda zu machen. Herr Zeithammer lenkte auch in anderer Beziehung die Aufmerksamkeit auf sich. Vor Beginn der Sitzung verlautete nämlich in den Couloirs, daß die Berufung des genannten Abgeordneten an der Stelle des Oberst Landmarschall-Stellvertreters heute Thatsache sei. Die Sitzung begann und Herr Zeithammer nahm seinen gewohnten Platz im Centrum ein; die zweite Präsidentenstelle blieb nach wie vor unbesetzt. Auch der Tag der vorjährigen „einstimmigen" Neuwahl-Mandate der Tschechen Böhmens im Landtage, des Herrn Hubert, blieb unbesetzt, und allen Jenen, welche den Genannten im Verdachte hinter, sich eine noch nachträglich den Vertretern des deutschen Volkes in Böhmen „angeschlossen zu haben, wurde zur Beruhigung mitgetheilt, daß Herr Hubert über einen solchen Verdacht erhaben sei. Der Umstand, daß die Bänke auf der Linken leer blieben, wurde von gegnerischer Seite zu Gutem Einvernehmen benutzt; an der Seite, wo man auch die Herren Professoren Gustav Adolf und Janata erblickte, sah man gegenüber den Herren Leitkowitz und Prosek, und den Platz des Herrn Dr. Schaumjakl hatte für einige Zeit Herr Fortman mit Beschlag belegt. Auch der Beginn der Sitzung brachte Reminiscenzen an den jüngsten Exodus der Deutschen. Zunächst gab der Oberst Landmarschall die Mitgliedschaften der deutschen Landesausschuß-Besitzer und ihrer Ersatzmänner bekannt; sodann gelangte eine Zuschrift des Abg. Dr. Herbst zur Verlesung, in welcher derselbe seinen Austritt in der von Dr. Schaumjakl am 22. December v. J. abgegebenen Erklärung bekannt giebt. Die Sitzung hielt nahezu einen raschen Verlauf. Dr. Steger unterstützte seinen auf eine Kundgebung in der Zechenhaus-Frage gerichteten Antrag; mehrere Commissions-Anträge von minderer Wichtigkeit wurden in zweiter Lesung genehmigt, und eine Landesausschuß-Vorlage wurde der Budget-Commission zugewiesen.

* Nach Mittheilungen aus St. Petersburg ist in der dortigen diplomatischen Welt die Ernennung des Oberstlieutenants Zouleu zum Militair-Attaché der russischen Botschaft in Wien viel bemerkt worden. Man wisse in unterrichteten Kreisen genau, daß sehr gewichtige Einflüsse insbesondere von panslawistischer Seite im Sinne einer längeren Besetzung der Vacanz dieses Postens eifrig bemüht waren. Daß diese Anstrengungen erfolglos blieben und die Besetzung des Postens rasch erfolgte, gelte als ein sicheres Anzeichen, daß die politische Lage in entschiedener Besserung begriffen sei und namentlich, daß bei Kaiser Alexander III. andauernd die einer versöhnlichen und friedlichen Entwickelung der Dinge zuneigenden Einflüsse überwiegen.

* Zur politischen Lage in Rumänien wird der „Politischen Correspondenz" aus Bukarest, 3. Januar, geschrieben:

In der letzten Zeit tauchte in der europäischen Presse wiederholt das Gerücht von einer gegenseitigen Annäherung der Balkanstaaten auf. Besonders gut unterrichtete non politische Organe der öffentlichen Meinung im Auslande wußten sogar von einer Action zu berichten, die zu diesem Zwecke bald von diesem, bald von jenem Balkanstaate eingeleitet worden wäre, um eine Balkan-Conföderation ins Leben zu rufen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß eine gute Schaare der Unabhängigkeit der Balkanvölker zu schaffende Balkan-Conföderation den Sympathien der betreffenden Nationen und deren Regierungen begegnen würde. In Bukarest, in Belgrad, in Sofia und in Athen dürfte der Nutzen einer derartigen politischen Agglomeration auch einleuchten. Trotzdem ist aber doch noch lange nicht erwiesen, daß an der Verwirklichung dieses Gedankens gearbeitet wurde, noch weniger aber, daß es leicht ist, diesen Gedanken in die Erscheinung treten zu lassen.

Was speciell die angeblichen Verhandlungen betrifft, welche zwischen Belgrad und Bukarest im Gange sein und die die Herbeiführung eines Bundnisses zwischen beiden Königreichen an der mittleren und unteren Donau bezwecken sollen, so scheinen hier gewisse Wünsche den Thatsachen weit vorauszueilen. Es ist an der Donaustadt bekannt, daß Serbien die Herstellung leidlicher Beziehungen zu Rumänien, als die in der letzten Zeit stattfanden, anstrebt. Die diesem Bestreben zu Grunde liegenden Motive bestehen auch hier, wie positiv versichert werden kann, einem innigen Verständnisse und einer vollkommenen Würdigung. Die wichtigsten Interessen beider Länder sind coordinirt, ja zwei identischer Natur, und auch die weiteren, wie unmittelbaren Aufgaben, die Rumänien und Serbien zu erfüllen haben, weisen beide Völker auf Mittel hin, welche theils zusammenfallen, theils parallel laufen. Die rumänische Regierung wird daher der möglichsten Consolidirung der gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen gewiß einen großen Werth bei. Die Kundmachung, daß diese Consolidirung auch erfolgen werde, erscheint daher als eine wohlbegründete.

Von einer innigeren Gestaltung der bezeichneten Beziehungen bis zur Schaffung einer Balkan-Conföderation ist aber von vor weiter Weg. Daß Bestrebungen, oder sagen wir lieber Sondierungen, von serbischer Seite gemacht werden, um diesen Weg zu betreten, ist wohl möglich und wahrscheinlich. Vielleicht Angesichts der neuen Lage auf der Balkanhalbinsel sehr erklärlich. Aber unsere Sondierungen scheint man aber keineswegs begünstigen zu sein. Jedenfalls bildet die Idee, eine Balkan-Conföderation ins Leben zu rufen, zwischen Belgrad und Bukarest keinen Gegenstand offizieller Verhandlungen.

* Der von seiner tapfern Armee jubelnd gefeierte Fürst Alexander von Bulgarien hat nicht seinen Soldaten ein Erinnerungszeichen, welches ihnen die unter seiner Führung errungenen Siege ins Gedächtniß ruft. Der Fürst selbst hat die Zeichnung zu der Kriegsdenkmünze für den bulgarisch-serbischen Krieg 1885 entworfen und die ersten Ein- und überhaupt Exemplare der einzigen Offiziere verteilt, die sich während des Kriegs besonders hervorgetan hatten, wie Panitza, Popow u. A. Auf diese Weise hat im Ganzen nur etwa zehn Stück zur Verteilung gelangen gelangen. Erwartet man die Ausgabe an Mannschaft Offiziere des letzten Kriegs. Für Gemeinen wird die Denkmünze von Silber sein, für Nichtkämpfer aus Bronze. Das Band ist rothgelb mit weiß, die Münze ist Dreieck einer Dreimarkstücks. Die Vorderseite zeigt unter einer Königskrone die gegen einander gekreuzten Wappen Bulgariens und des Battenbergschen Hauses, umgeben von der Umschrift: „Alexander I., bulgarischer Fürst"; die Rückseite hat die bulgarische Inschrift: „Das kühne Bulgarien seinen tapferen Söhnen", umgeben von einem Lorbeerkranz. Deutsche ist von einem Bande durchflochten, von die Namen der hervorragenden Schlachten und Gefechte tragen, nämlich: Pirdop, Gorjalata, Slivnitza, Tsibri, Pirot, Zaribrod, Dragoman. Nach annähernder Schätzung wird die silberne Denkmünze in 60 000 Stücken, die bronzene in 10,000 bis 15,000 Stücken zur Vertheilung gelangen.

* Aus Sofia wird mitgetheilt, daß der Vertreter Bulgariens bei der Pforte, Herr Petrowitsch, neuerdings entschieden besseren Dispositionen bei Türkisch bezeugt und die Zusage erhalten hat, daß die Wünsche und Beschwerde der Bulgaren seitens der fortwährenden Pforte billige Berücksichtigung finden werden. Als ein Symptom der eingetretenen Wendung gilt der Umstand, daß auch glaubwürdigen Versicherungen die Pforte für die Candidatur des Fürsten den Mingrelien keinerlei weitere Demühungen aufzubieten gedenkt.